

Bericht und Antrag

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)

zu dem Bericht der Bundesregierung über die Integration in den Europäischen Gemeinschaften
(Berichtszeitraum April bis September 1972)
— Drucksache 7/5 —

A. Bericht des Abgeordneten Blumenfeld

Der Präsident des Deutschen Bundestages hat mit Schreiben vom 1. Februar 1973 gemäß § 76 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages den Bericht der Bundesregierung über die Integration in den Europäischen Gemeinschaften (Berichtszeitraum April bis September 1972) an den Auswärtigen Ausschuß überwiesen. Die Bundesregierung war mit Beschluß des Deutschen Bundestages vom 22. Februar 1967 beauftragt worden, dem Deutschen Bundestag jeweils halbjährlich über die Integration in den Europäischen Gemeinschaften zu berichten.

Der Haushaltsausschuß hat sich zu der Vorlage gutachtlich geäußert.

Der Bericht umfaßt den Zeitraum von April bis September 1972. Er bezieht aber im wesentlichen die Ergebnisse der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der erweiterten Europäischen Gemein-

schaft vom 19. /20. Oktober 1972, auf der für weitere integrationspolitische Aktionen richtungweisende Impulse gegeben wurden, bereits ein. Daher behandelt die Vorlage ein weites Spektrum von Maßnahmen und Überlegungen zum Ausbau und zur Weiterentwicklung der Gemeinschaft.

Der Auswärtige Ausschuß hat sich ständig über die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft durch die Vertreter der Bundesregierung und durch Beratung der halbjährlich vorzulegenden Integrationsberichte unterrichten lassen.

Der Haushaltsausschuß nahm die Vorlage des Integrationsberichts — Drucksache 7/5 — zum Anlaß, um seine Auffassung zur Problematik der externen Rechnungskontrolle im Bereich der Europäischen Gemeinschaften darzulegen. Der Auswärtige Ausschuß hat die vom Haushaltsausschuß beschlossene Empfehlung übernommen.

Bonn, den 6. Juni 1973

Blumenfeld

Berichterstatter

B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Bericht der Bundesregierung über die Integration in den Europäischen Gemeinschaften (Berichtszeitraum April bis September 1972) — Drucksache 7/5 — zur Kenntnis zu nehmen;
- b) folgenden Entschließungsantrag anzunehmen:
 1. Der Haushaltsausschuß wird sich mit der Problematik der externen Rechnungskontrolle im Bereich der Europäischen Gemeinschaften intensiv befassen,
 2. zur Vorbereitung der Arbeit des Haushaltsausschusses wird die Bundesregierung ersucht,
 - a) ihre Auffassung über die derzeitige Situation der Rechnungsprüfung bei den Europäischen Gemeinschaften mitzuteilen,
 - b) Vorschläge zu machen, wie die Rechnungsprüfung verbessert werden könnte,
 - c) ihre Auffassung zu der Schaffung eines zukünftigen europäischen Rechnungshofes mitzuteilen.

Bonn, den 6. Juni 1973

Der Auswärtige Ausschuß

Dr. Schröder (Düsseldorf)
Vorsitzender

Blumenfeld
Berichterstatter